

Familienforum mit queeren Familien am 18.10.2022

– Ergebnisse –

Veranstaltungsort: Treffpunkt LesLeFam, Dolgenseestr. 21, 10319 Berlin

Veranstaltende: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Regenbogenfamilienzentrum Lichtenberg und LesLeFam e.V.

Es nahmen 10 Elternteile aus queeren Familien an der Gesprächsrunde teil, um sich über die Herausforderungen in ihrem Familienalltag in Berlin auszutauschen und diese an den Familienbeirat weiterzugeben.

In dem Austausch ging es vor allem um die Ungleichbehandlung von queeren Familien und der damit verbundenen Diskriminierung, aber auch um die vorhandenen Angebote in der Stadt, die den Familien Halt und Unterstützung geben.

Wir benutzen das Adjektiv queer, um alle LSBTIQ* Menschen zu bezeichnen.

Diskriminierung im Alltag und rechtliche Situation

Die queeren Familien berichten, dass sie überwiegend auf ein nicht bis wenig sensibilisiertes Umfeld treffen: bei Fachkräften im pädagogischen und medizinischen Bereich sowie bei Ämtern, Behörden und Gerichten. Unverständnis für queere Familien existiert aber auch in der Freizeit, zum Beispiel im Sport.

Queeren Familien fehlt ein Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum. So kommt es zum Beispiel immer wieder im öffentlichen Nahverkehr zu diskriminierenden Situationen, wenn ein Kind körperliche Nähe zu seinen zwei Vätern sucht oder wenn Kinder ihre Eltern öffentlich als Mama und Mami ansprechen: von skeptischen Blicken über abwertende Kommentare und Beleidigungen bis hin zu Übergriffen.

Gesellschaftlich herrscht ein „Coming Out 24/7“ das bedeutet, dass „wir uns permanent und jederzeit und überall erklären müssen!“ Deswegen „zeigen wir uns nicht als Paar im öffentlichen Raum, besonders nicht, wenn das Kind dabei ist.“ Heterosexuelle Paare werden hingegen nicht in ärztlichen Praxen, im Krankenhaus, in Schulen, Kitas und in der Freizeit nach ihrer Familienkonstellation gefragt. Das kritische Hinterfragen der Heteronormativität und seiner patriarchalen Zwangsverhältnisse müsste stärker auf die politischen und persönlichen Agenden gesetzt werden. Die queere Familienform wird durch Fragen wie „Wer ist denn nun die richtige Mutter?“, „Wie seid ihr zu dem Kind gekommen? Wie habt ihr das gemacht?“ angezweifelt. Diese permanente Belastung bedeutet, dass „wir nicht ernst genommen werden, es an Anerkennung fehlt.“ Co-Elternschaften stellen eine besonders schwierige Situation dar, weil hier mit allen gesellschaftlichen Normierungen in Bezug auf Familien gebrochen wird, schließlich „sind wir rechtlich nur auf zwei Elternteile begrenzt.“ „Wir können nicht reisen mit unseren Kindern ohne Vollmacht.“ „Ich habe immer Angst. Was ist, wenn ich die Adoptionsurkunde mal nicht dabei habe?“ „Unmöglich wird dies in Mehrelternschaften, wenn ein soziales Elternteil zugezogen ist.“ Das Abstammungsrecht ist dabei die diskriminierende rechtliche Grundlage.

Kinder queerer Familien kommen ebenfalls in die Situation, sich und die Elternschaft erklären zu müssen. Sie werden damit automatisch auch stigmatisiert, was bei den Kindern ebenfalls zu

psychischen Belastungssituationen führt. Kinder aus queeren Familien bekommen Diskriminierungen im Schul- oder Kita-Alltag zu spüren, u.a. weil die Erzieher*innen und Lehrer*innen unsicher sind und nicht wissen, wie sie mit queeren und anderen Familiensituationen, die nicht dem heteronormativen Bild entsprechen, umgehen sollen.

Die gültige Rechtslage sieht nur die sogenannte „Stiefkindadoption“ als Möglichkeit der Anerkennung von „nicht-leiblicher Elternschaft“ vor. Das Verfahren ist langwierig, aufwendig und die queeren Familien empfinden es als herabwürdigend. Die Familien berichten, dass es keine klaren rechtlichen Standards gibt, an die sich Jugendämter, Standesbeamte oder Gerichte halten müssten. Stattdessen sind übergriffige Fragen nach der Beziehung zwischen den Eltern die Regel. Ein Richter verlangte z. B. bei der Anerkennung, dass die sogenannte leibliche Mutter der sozialen Mutter das Kind übergeben soll, um zu sehen, wie das Kind reagiert. Es wird zudem berichtet, dass es im Adoptionsverfahren die diskriminierende Regelung gibt, dass das adoptierende Elternteil nicht chronisch krank sein darf. Von manchen Eltern werden HIV-Tests verlangt. „Wir haben alle Wunsch Kinder, was will der Staat dabei prüfen?“ „Wir sind die einzigen Eltern, die ihre Kinder adoptieren müssen – irre.“

Besonders schwierig gestaltet sich die Lage für inter- und transgeschlechtliche Menschen. Es waren keine Personen aus diesen Communities bei diesem Forum dabei, aber die Teilnehmenden waren sich einig, dass diese und ihre Kinder noch viel mehr unter den Bedingungen leiden als lesbische oder schwule Paare. Wenn diese auch noch Zugezogene ohne festes Bleiberecht sind, dann ist es unmöglich eine selbstbestimmte Familie zu gründen.

Die queeren Familien berichten, dass sie die diskriminierende rechtliche Situation insgesamt sehr belastet und „erschöpft“. „Wir haben nicht dieselben Grundrechte, wie andere ... werden diskriminiert im Namensrecht, Erbrecht usw.“

Netzwerke und Angebote

Viele freie Träger haben sich schon auf den Weg gemacht, queere Familien mitzudenken. In den letzten 20 Jahren hat sich eine Menge positiv für queere Familien in der Stadt bewegt. Es gibt drei Regenbogenfamilienzentren. Darüber hinaus existieren weitere Anlaufstellen in Bezirken. Besonders positiv ist die institutionelle Förderung des Bezirks Lichtenberg als familienfreundlicher Bezirk, der LesLeFam in die Struktur der Familienzentren aufgenommen hat.

Der gesamte queere Bereich leidet, wie viele andere soziale Institutionen in Berlin auch, unter den Bedingungen der Projektförderung. Das zieht prekäre instabile Arbeitsplätze nach sich, die dem Aufbau einer beziehungsorientierten und langfristigen Begleitung im Weg stehen. Teilzeitstellen oder auch nur anteilige Honorarstundenkontingente sind keine gute Voraussetzung, um qualitativ hochwertige Beratungen dauerhaft gewährleisten zu können. Dennoch bleibt festzuhalten, dass es in der Stadt unterschiedliche Angebote für verschiedenste Familienkonstellationen gibt.

Es leben viele queere Menschen und Familien in der Stadt und viele ziehen auch genau deshalb hierher. Berlin wird als „offene Stadt“ gesehen. Das vermittelt ein Gefühl der Sicherheit zumindest in einigen Kiezen und Schutzräumen, was in den Randbezirken und anderen Regionen und Städten Deutschlands leider nicht immer gegeben ist. Es gibt eine große Anzahl an „ersten“ Schutz- und Unterstützungsräumen in Berlin. Genannt wurden hier beispielhaft und nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit: „LesLeFam, Queerformat, TrIQ*, ABqueer, die beiden anderen Regenbogenfamilienzentren in Schöneberg und Friedrichshain, Lesbenberatung, Schwulenberatung, GLADT, LSVD, Miles, Nodoption, ...“

In Berlin existiert eine „tolle“ queere Vernetzungskultur von vielen Institutionen, die am Themenfeld queere Familien arbeiten. Ein hohes Maß an Selbstorganisation, wie die Rainbow Daddies, unterstreichen dies. Allerdings erreichen die Angebote nicht alle. Besonders Einelternfamilien bzw. Alleinerziehende haben mit der Bewältigung des Alltags so viel zu tun,

dass ihnen oft die Zeit und Kraft fehlt, die Angebote wahrzunehmen. Die Mehrfachbelastungen der Angebotsnutzenden stellen eine besondere Herausforderung für die Weiterentwicklung offener barrierefreier Zugänge durch die Anbietenden dar. Alleinerziehende leiden besonders darunter, während gleichzeitig der Bedarf der Vernetzung und des Austauschs besonders hoch ist. Drei queere Familienzentren in der Stadt sind zu wenig, um schnell erreichbar zu sein und lange Wege bedeuten auch, dass viele queere Menschen die Angebote nicht kennen oder nicht wahrnehmen können.

Das offene Klima in vielen Bereichen der Stadt bringt auch sehr positive Beispiele hervor. So wurde die gute Begleitung und Unterstützung für queere Pflegefamilien in Nord-Neukölln durch die „PIK - Pflegekinder im Kiez gGmbH“ hervorgehoben, die dort einen „diskriminierungsfreien Prozess“ gewährleisten.

Durch „QUEERFORMAT - Fachstelle Queere Bildung“ existiert auch ein Angebot zur Sensibilisierung pädagogischer Fachkräfte am Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB). In den Prozessanweisungen und vielen Qualitätshandbüchern für Kitas und Schulen sowie im Jugendbereich ist das Thema geschlechtliche Diversität verankert. Es fehlt allerdings an der Breite in der Praxis. Es hängt vieles vom Engagement einzelner Fachkräfte ab, ob das Themenfeld auch Eingang in den pädagogischen Alltag findet.

Vorschläge an Politik und Gesellschaft zu Verbesserung der Lebenssituation von queeren Familien

Es bedarf der lange überfälligen Reform des Abstammungsrechts auf Bundes- und EU-Ebene. Dazu braucht es im ersten Schritt die Änderung von Geburtsurkunden, in der die Elternschaft geschlechtlich offen angelegt ist, auch Mehrelternschaften als Möglichkeit ausgewiesen werden sowie die geschlechtliche Festlegung von Kindern weggelassen wird.

Das Kindeswohl sollte im Mittelpunkt stehen. Der Prozess der Stiefkindadoptionen für queere Familien „gehört abgeschafft.“ Die Anerkennung der Elternschaft muss zur Absicherung des Kindes vorgeburtlich möglich sein, unabhängig von der geschlechtlichen Identität der Eltern. Die Teilnehmenden wünschen sich hierzu mehr Bundesratsinitiativen. Berlin sollte seinen Ruf als „offene Stadt“ untermauern und dabei eine Vorreiter*innenrolle übernehmen.

Auf Landesebene müssen rechtliche Standards erarbeitet und Verwaltungsabläufe angepasst werden, um der Willkür wirkungsvoll zu begegnen. Per Verordnung können Formulare angepasst und entsprechende Ausführungsverordnungen in Kraft gesetzt werden. Ableitend aus dem Antidiskriminierungsgesetz und der Rechtsprechung wären schon jetzt erhebliche Erleichterungen möglich.

Die Anerkennung queerer Familien muss in allen sozialen Strukturen gewährleistet werden: bei Elterngeld, Kindergeld, Kita, Schule, Freizeit. Die Gesellschaft ist da oft weiter als die Verwaltung und die Gesetze. In der Regel gibt es eine große Offenheit aber auch eine große Unsicherheit im Umgang mit dem Thema queere Elternschaft. Elterngeld sollte auch für queere Familien im ersten Jahr der Pflegschaft von Kindern gewährt werden.

Grundsätzlich müssen Formulare und Anträge in allen Bereichen (Verwaltung, Versicherungen, Banken usw.) überarbeitet werden und einheitlich diskriminierungsfrei sein.

Queere Familien wünschen sich mehr Verständnis für Intersektionalität. Angebote und Maßnahmen zur Sensibilisierung und Information sollten daher ausgebaut und gefördert werden. Queere Themen sollten in allen Bereichen verankert werden (in pädagogischen Bereichen, Verwaltung, Medizin, Pflegediensten, Senior*inneneinrichtungen usw.).

Alle Bezirke sollten eine*n Queerbeauftragte*n haben. Dies ist bisher nur in vier Bezirken der Fall und diese haben oft Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten. Auch alle Schulen und Kitas sollten Queerbeauftragte benennen.

Queere Familien benötigen mehr Unterstützung beim Zugang zur Reproduktionsmedizin, weil Kostenübernahmen durch Krankenkassen teilweise fehlen und es oft an der Sensibilisierung des ärztlichen Personals mangelt. Die Haltung der Berliner Ärztekammer und der Bundesärztekammer bedarf dabei einer dringenden Änderung.

Es gilt die strukturelle Ebene durch Regenbogenfamilienzentren und andere Anlauf- und Beratungsstellen zu sichern, zu stärken und auszubauen. Queere Angebote gehören in die Regelförderung. Queere Jugendarbeit braucht ebenfalls Räume.

Die bestehenden Angebote sollten besser vernetzt und ein weiterer Austausch angestrebt werden.